

# IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

August 2006



## „50 plus“ heißt nun Münteferings Marschzahl!

Der Arbeitsmarkt in Deutschland muss sich unter der Betreuung von Franz Müntefering auf eine neue Marschzahl einstellen: „50plus“. Das ist die Chiffre eines Programms, das mehr Chancen für ältere Arbeitslose eröffnen soll. Der wirtschaftliche Kern des Programms ist eine Art Kombilohn für Arbeitslose, die älter als fünfzig Jahre sind. Wer arbeitslos geworden ist und eine Stelle annimmt, die geringer bezahlt wird als die, die er zuvor hatte, bekommt einen Zuschuss. So sollen Anreize für beide Marktseiten gesetzt werden: Dem Arbeitslosen soll es leichter fallen, auf Lohnersatzleistungen zu verzichten; der Arbeitgeber spart einen Teil der eigentlich fälligen Lohnzahlung, weil der neue Arbeitnehmer den Zuschuss bekommt. Münteferings Motto heißt: „Besser Arbeit finanzieren als Arbeitslosigkeit.“

Hinter dieser Formel steht eine bemerkenswerte Kehrtwende der sozial betreuenden Arbeitsmarktpolitik. Über Jahrzehnte hin sind immer neue Programme erdacht worden, die die älteren Arbeitnehmer vorzeitig „vom Markt“ nehmen sollten: Frührente, Altersteilzeit, 58er Regel. Das wurde sozial begründet. Dahinter stand aber auch die Idee der Marktentlastung. Ältere Arbeitslose sollten aus der damals wohlgefüllten Rentenkasse alimentiert werden, anstatt die klamm werdende Arbeitslosenversicherung zu einer Beitragserhöhung zu zwingen. Nun wird das neue Marktmanöver mit den Älteren aus dem Blickwinkel der Rentenpolitik begründet. Da ohnehin mit längeren Lebensarbeitszeiten gerechnet werden müsse, werde der Öffentlichkeit ein irreführendes Signal vermittelt, wenn ältere Arbeitnehmer weiterhin in Frührente geschickt würden, anstatt ihnen bei der Vermittlung in eine neue Arbeit zu helfen.

Die Frage ist allerdings: Wann wird ein um sich greifender Kombilohn die Staatsfinanzen an den Rand des Ruins oder den Bundesfinanzminister in neue Steuererhöhungen getrieben haben?

*Hans D. Barbier*

## Ausbildungsförderung

Im Jahr 2005 haben 321 000 Schüler und 507 000 Studierende BAföG erhalten, zwei Prozent mehr als im Vorjahr. An 47 Prozent der BAföG-Empfänger wurde der maximale Förderbetrag von 585 € überwiesen. Die Übrigen bekamen eine Teilförderung; sie wird gewährt, wenn das eigene Einkommen oder das der Eltern bestimmte Grenzen übersteigt.

Im Durchschnitt erhielten geförderte Schüler monatlich 304 €, geförderte Studierende 375 €. Die Höhe hängt ab von der Ausbildungsstätte – zum Beispiel Berufsfachschule oder Universität – und der Unterbringung (zu Hause oder auswärts). Bund und Länder haben 2005 die bislang höchste Fördersumme ausgegeben: Rund 2,3 Milliarden € BAföG wurden überwiesen, drei Prozent mehr als 2004.

[www.destatis.de/presse/...](http://www.destatis.de/presse/...)

## Softwarepanne

Zur Verarbeitung der Daten von Arbeitslosengeld-II-Empfängern wurde von der Bundesagentur für Arbeit eine spezielle Software in Auftrag gegeben. Obwohl seit Januar 2005 Arbeitslosengeld II (Alg II) ausgezahlt wird, funktioniert die Software noch immer nicht reibungslos. Mit der vollen Funktionalität ist laut Bundesregierung frühestens in der zweiten Jahreshälfte 2007 zu rechnen. Ge-

setzliche Neuregelungen – zum Beispiel das so genannte Hartz-IV-Fortentwicklungsgesetz, mit dem ab 1. August 2006 Missbrauch beim Alg II eingedämmt werden soll – könnten zu weiteren Verzögerungen führen.

Bislang beziffert die Bundesagentur ihren Schaden auf 28 Millionen €. Hinzu kommen Kosten, die durch Überzahlung von Krankenkassenbeiträgen und deren Rückabwicklung im vergangenen Jahr entstanden sind. Wie hoch die Mehraufwendungen bis zur Behebung der Probleme insgesamt sein werden, kann die Bundesregierung nicht abschätzen.

[dip.bundestag.de/btd/16/014/1601469.pdf](http://dip.bundestag.de/btd/16/014/1601469.pdf)

## Altersvorsorge

Gut jeder neunte Deutsche – 11,7 Prozent – erwartet, dass seine Rente durch eine Erbschaft aufge bessert wird. Fragt man Rentner oder Pensionäre, dürfte die Hoffnung auf einen ererbten Geldsegen gedämpft werden: Von den heutigen Ruheständlern geben lediglich 3,4 Prozent an, ihre Alterseinkünfte mit einer Erbschaft zu ergänzen.

Nur 5,7 Prozent der vom Institut für Allensbach Befragten legen überhaupt Wert darauf, Angehörigen ein nennenswertes Erbe zu hinterlassen. Dem überwiegenden Teil der Bevölkerung – 64,9 Prozent – ist das „weniger oder gar nicht wichtig“. Bleibt also

weiterhin nur, auf das eigene Erparte zu setzen.

[www.postbank.de/presse](http://www.postbank.de/presse)

### Rohstoffknappheit?

Karl Heinz Dörner, Präsident der Wirtschaftsvereinigung Metalle, bangt um die Wettbewerbsfähigkeit der Metallverarbeiter, weil sich die Preise für einige Metalle von 2003 bis 2005 drastisch erhöht haben: Wolfram um 332 Prozent, Titan um 364 Prozent, Vanadium sogar um 646 Prozent.

Allerdings wird nur der nominale Preisanstieg angeführt. Ungenannt bleibt, dass die Weltmarktpreise für diese Metalle in den Jahren zuvor real massiv eingebrochen waren: Im Vergleich zur Hochpreisphase der 70er-Jahre kostete Wolfram im Jahr 2002 knapp das Siebenfache; Titan war 1981 real doppelt so teuer wie 2002; Vanadium brachte es 1976 sogar auf das Achtfache des Preises von 2002. Bei fast allen Metallen sind zudem die Produktionsmengen in der Vergangenheit stetig gestiegen.

Jetzt fordert die Wirtschaftsvereinigung Metalle, die Bundesregierung müsse „die Versorgung mit Rohstoffen wieder auf die politische Agenda“ setzen. Deutschland brauche eine – nicht näher definierte – „integrierte, zukunftsfähige, strategische Rohstoffpolitik“. Es wird aber nicht schlüssig begründet, warum die deutsche Metallindustrie an Wettbewerbsfähigkeit verlieren soll, wenn die Preise weltweit steigen. Bestenfalls läge eine Benachteiligung vor, wenn allein deutsche Produktionsfaktoren teurer würden.

[www.bdi-online.de/](http://www.bdi-online.de/)

## Beschwerlicher Weg ins Berufsleben

Im letzten Jahr waren 40 900 junge Leute ohne Ausbildungsplatz – etwa fünf Prozent aller Bewerber. Die Bundesagentur für Arbeit prognostiziert, dass die „Lehrstellenlücke“ in diesem Jahr größer sein wird.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) weist darauf hin, dass die Bundesagentur für Arbeit die wirkliche Zahl unterschätzt. Zu berücksichtigen sei, dass gut 300 000 Schüler ein Berufsvorbereitungsjahr, ein Berufsgrundbildungsjahr oder eine Berufsschule ohne voll qualifizierenden Abschluss absolvieren. Der DGB kritisiert, dass inzwischen fast 40 Prozent aller Schulabgänger vor dem Eintritt in das wirkliche Arbeitsleben solche „Warteschleifen“ durchlaufen würden.

Im Berufsbildungsbericht 2006 des Bundesministeriums für Bildung und Forschung werden diese berufsvorbereitenden Maßnahmen nicht als „Warteschleifen“ desavouiert, sondern differenzierter bewertet: Ein Teil der Schüler beabsichtige, mit dem Erwerb eines höheren allgemeinen Abschlusses seine Chancen auf dem Ausbildungsmarkt zu erhöhen. Darüber hinaus seien für einen beträchtlichen Teil der Schulabgänger weitere Bildungsanstrengungen nötig, da ihre Qualifikation nicht ausreiche, um eine Ausbildung zu beginnen. Immerhin würden rund neun Prozent eines Jahrgangs die Hauptschule ohne Abschluss verlassen, schreibt das Ministerium. Rund 22 Prozent aller 15-jährigen Schüler könnten nur auf Grundschulniveau rechnen und selbst einfache Texte nicht verstehen. Das genüge den Anforderungen in vielen Ausbildungsbe-

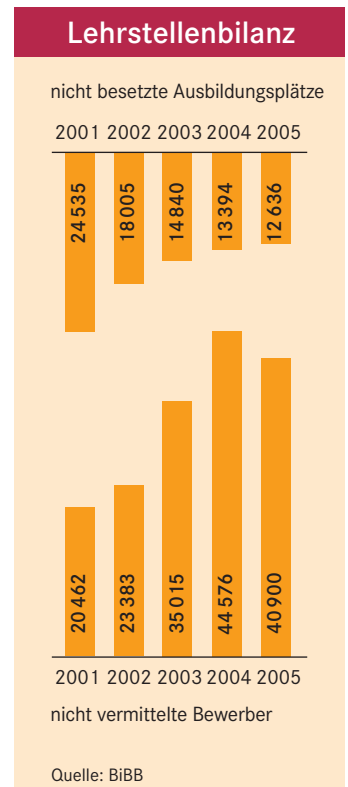
rufen nicht. Durch den rasanten technischen Fortschritt erforderten Berufe, in denen früher hauptsächlich manuelle Fähigkeiten gebraucht wurden, heute theoretische Kenntnisse. Immerhin müssten in vielen Betrieben computergesteuerte Maschinen bedient werden.

### Viele brechen die Ausbildung ab

Die Experten mögen darüber streiten, wie hoch die genaue Zahl der fehlenden Ausbildungsplätze ist und wer zu den Ausbildungsplatzbewerbern gerechnet werden soll. Tatsache ist: Es gibt zu wenige Ausbildungsplätze. Tatsache ist aber auch, dass trotz dieser Knappheit viele junge Menschen ihre Berufsausbildung vorzeitig beenden. Die Zahl der Abbrecher ist zwar seit mehreren Jahren rückläufig, aber im Jahr 2004 haben noch immer 126 600 Azubis ihre Lehre „geschmissen“. Im Schnitt ist das jeder Fünfte. Dabei gibt es große Unterschiede: In den Sparten Handwerk, Hauswirtschaft, freie Berufe und Landwirtschaft beträgt die Abbrecherquote zwischen 22 und 26 Prozent. Im öffentlichen Dienst beenden nur 6,1 Prozent ihre Ausbildung vor der Abschlussprüfung. Knapp die Hälfte aller Abbrüche erfolgt bereits im ersten Lehrjahr, viele davon in der Probezeit.

Abgebrochene Lehren sind häufig auf Konflikte zwischen

Ausbildern und Auszubildenden zurückzuführen. Deswegen weichen die Abbruchquoten von Betrieb zu Betrieb stark voneinander ab. Generell lässt sich feststellen: In kleinen und mittleren Betrieben lassen sich persönliche Spannungen nicht durch Ver-setzungen innerhalb des Betriebes lösen. Es bleibt dann nur die Kündigung. Jugendliche bewerben sich wohl deshalb lieber bei größeren Betrieben – zumal sie glauben, dass dort die Arbeitsplätze sicherer, die Sozialleistungen höher und die Chancen auf die Übernahme nach der Ausbildung größer sind. Größere Be-





„Eine Berufsausbildung ist der sicherste Weg in eine dauerhafte Beschäftigung und ermöglicht es jungen Menschen, ihre selbst gesteckten Ziele zu erreichen und gesellschaftliche Anerkennung zu erlangen.“

Angela Merkel

triebe haben daher mehr Bewerber und können unter ihnen die Motiviertesten aussuchen. Auch das könnte ein Grund sein, dass die Abbruchquoten in Großbetrieben geringer sind.

### Was machen Abbrecher nach dem Abbruch?

Ausbildungsabbrüche sind bedauerlich. Schlimm ist, dass sie längerfristig die Bereitschaft der Betriebe hemmen, neue Azubis einzustellen. Damit werden die Chancen derer verbaut, die händeringend einen Ausbildungsplatz suchen. Andererseits ist ein Abbruch gelegentlich Ausgangspunkt für eine beachtliche berufliche Karriere. Nach einer Untersuchung des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) aus dem Jahr 2003 haben 50 Prozent der Abbrecher eine neue betriebliche Ausbildung begonnen. Weitere acht Prozent wechselten in eine Ausbildung an einer Berufsfachschule oder begannen ein Studium. Zusammen mit den vier Prozent, die zur Verbesserung ihres Abschlusses eine Schule besuchten, befanden sich insgesamt fast zwei Drittel nach Lösung ihres Ausbildungsvertrags weiter im Bildungssystem. Diese Abbrecher haben im weiteren Berufsleben günstige Perspektiven.

Für das verbleibende Drittel aber, für die jungen Erwachsenen, die ihre Berufsausbildung endgültig beenden, gilt das Gegenteil: Wer keine abgeschlossene Ausbildung hat, läuft Gefahr, auf Dauer arbeitslos zu bleiben. Im Jahr 2004 waren in Westdeutschland mehr als 20 Prozent und in Ostdeutschland mehr als

die Hälfte der Menschen ohne Berufsabschluss arbeitslos. Zum Vergleich: Bei denen, die eine betriebliche Ausbildung abgeschlossen hatten, lag die Arbeitslosenquote bei knapp zehn Prozent, bei Hochschulabsolventen sogar nur bei vier Prozent.

### „Beruf fängt in der Schule an“

Der hohe Anteil von Abbrüchen in der Probezeit zeigt, dass viele Auszubildende falsche Erwartungen sowohl an den gewählten Beruf als auch an den Betrieb haben. In der neunten Klasse hat mehr als die Hälfte der Schüler noch keinen konkreten Berufswunsch entwickelt. In der zehnten Klasse wissen 40 Prozent immer noch nicht, für welchen Berufsweg sie sich entscheiden sollen. Im Berufsbildungsbericht 2006 heißt es daher, dass Betriebspraktika für Schüler und eine umfassendere Ausbildungsberatung die hohen Abbruchzahlen vermindern könnten. Das BIBB hat dazu das Forschungsprojekt „Beruf fängt in der Schule an“ durchgeführt, um die Möglichkeiten und Grenzen von Schülerpraktika auszuloten. Das Projekt beschränkte sich auf Haupt- und Realschulen, weil aus diesem Bereich besonders viele Jugendliche eine betriebliche Ausbildung anstreben.

Schülerpraktika seien ein zentrales Element schulischer Berufsorientierung. Ob sie ihr Ziel erreichen, hängt aber von der systematischen Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung ab. Thomas Bergzog vom BIBB moniert, dass oft erst im Anschluss an

Berufswunsch	
neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2004	
Kaufmann/-frau im Einzelhandel	29 846
Bürokaufmann/-frau	23 760
Kraftfahrzeugmechatroniker/-in	22 458
Industriekaufmann/-kauffrau	19 086
Koch/Köchin	17 063
Verkäufer/-in	16 965
Friseur/-in	16 639
Kaufmann/-frau im Groß- und Außenhandel	15 315
Industriemechaniker/-in	14 652
Arzthelfer/-in	14 488
Kaufmann/-frau für Bürokommunikation	13 516
Bankkaufmann/-frau	12 569
Hotelfachmann/-frau	12 319
Zahnmedizinische Fachangestellte	12 270
Fachverkäufer/-in im Nahrungsmittelhandwerk	11 895
Tischler/-in	10 080
Gärtner/-in	6 627

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung

ein Praktikum gefragt würde, welche Neigungen und Fähigkeiten ein Schüler habe. Das sei zu spät. Zudem seien Praktika nur sinnvoll, wenn sie nicht isolierte Einzelmaßnahmen blieben, sondern mehrere Praktika aufeinander aufbauten. Schlüssige, auf längere Frist angelegte Konzepte gebe es nur bei einzelnen Schulen und nicht flächendeckend.

### Besser informiert in die Ausbildung

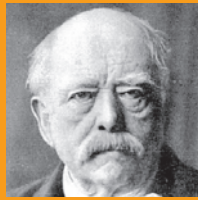
Die Praktika vermitteln den Schülern nicht nur die inhaltlichen Anforderungen eines Berufs, sondern machen sie auch mit dem Arbeitsalltag vertraut. Man muss sich vor Augen halten, dass viele Lehrlinge nicht in der Lage sind, einen normalen Arbeitstag von acht Stunden durchzuhalten und sich überfordert fühlen.

Einblicke ins Berufsleben können auch auf anderen Wegen gegeben werden. So ließe sich beispielsweise in

den bei Jugendlichen beliebten Fernsehserien der Arbeitsalltag realistischer darstellen, anstatt vorzugaukeln, es sei möglich, den Lebensunterhalt durch stundenweises „Jobben“ zu verdienen. Auch bestens bezahlte Jobs in durchgestylten Büros – in der Fernsehwelt selbstverständlich kombiniert mit viel Freizeit und der Möglichkeit, sich ausgiebig um Privatangelegenheiten und Liebschaften zu kümmern – existieren in der Realität nicht.

Alle diese Überlegungen dürfen nicht davon ablenken, dass alles versucht werden muss, jungen Erwachsenen Ausbildungs- und Arbeitsplätze in ausreichender Zahl anzubieten. Wenn Jugendliche ihr Arbeitsleben mit Arbeitslosigkeit beginnen, prägt das nachhaltig ihr weiteres Berufsleben und ihre Haltung zur Gesellschaft, in der sie anscheinend nicht gebraucht werden.

Berthold Barth



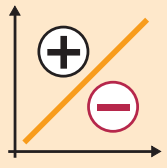
„Mein Gedanke war, die arbeitenden Klassen zu gewinnen – oder soll ich sagen, zu bestechen? –, den Staat als soziale Einrichtung anzusehen, die ihretwegen besteht und für ihr Wohl sorgen möchte.“

Otto von Bismarck

## IM KLARTEXT

### August 2006

#### INDEX



### Die Soziale Marktwirtschaft im August 2006

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

#### Vollbeschäftigung

Knapp 6,5 Millionen Menschen arbeiten als „geringfügig entlohnte Beschäftigte“. Knapp 6,4 Millionen der Minijobs gibt es in der gewerblichen Wirtschaft, in Privathaushalten sind rund 117 000 Minijobber tätig. Geringe Abgabenlast und einfache Verwaltungsvorschriften sollen die Minijobs lohnend für Arbeitgeber und Beschäftigte machen.

Doch seit dem 1. Juli hat die Attraktivität der Minijobs abgenommen: Im gewerblichen Bereich sind die Abgaben zur gesetzlichen Rentenversicherung von elf auf 13 Prozent und die zur gesetzlichen Krankenversicherung von zwölf auf 15 Prozent gestiegen. Der Lohnsteuersatz bleibt bei zwei Prozent. Damit erhöhen sich

#### Minijobs

	gewerblich	in Privathaushalten
2004	6 354 491	47 054
2005	6 552 133	102 463
2006	6 372 466	117 476

jeweils 31. März  
Quelle: Bundesknappschaft

die Pauschalbeiträge, die bei Minijobs allein vom Arbeitgeber bezahlt werden, von 25 auf 30 Prozent. Minijobs in Privathaushalten sind von den Änderungen nicht betroffen.

#### Geldwertstabilität

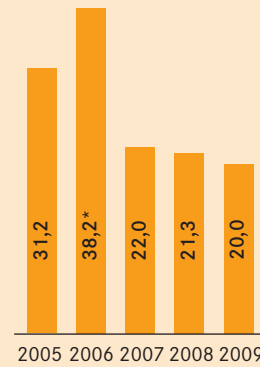
Anfang Juli war es soweit: Auch der Bundesrat stimmte dem Bundeshaushalt für 2006 zu. Der Etat wurde in diesem Jahr wegen der vorgezogenen Bundestagswahl 2005 extrem spät beschlossen.

Der Haushalt der Bundesregierung für das laufende Jahr sieht Ausgaben in Höhe von 261,6 Milliarden € vor; die Neuverschuldung soll bei 38,19 Milliarden € liegen.

Hans Eichel hatte als Vorgänger von Bundesfinanzminister Peer Steinbrück noch das Ziel, 2006 einen Bundeshaushalt ohne Neuverschuldung zu verabschieden, Staatseinnahmen und -ausgaben sollten dann ausgeglichen sein. Dieses Ziel ist wohl stillschweigend aufgegeben worden: Sogar noch im Jahr 2010 – so weit reicht die mittelfristige Finanzplanung des Bundesfinanzministeriums –

#### Nettokreditaufnahme

des Bundes, in Milliarden €



\* ab 2006 Planung

Quelle: Bundesmin. der Finanzen

will sich die Regierung 20,5 Milliarden € per Kredit verschaffen.

#### Eigenverantwortung

Im Zug der Hartz-Reformen sollten mehr Menschen zur Gründung einer selbständigen Existenz angeregt werden. Zwischen Januar 2003 und Juni 2006 gewährte die Bundesagentur für Arbeit (BA) in rund 395 000 Fällen Zuschüsse für eine Existenzgründung in Form der Ich-AG. Zusätzlich erhielten weitere 570 000 Gründungswillige Überbrückungsgeld von

der BA. Das waren in den vergangenen dreieinhalb Jahren durchschnittlich 23 000 Gründungen pro Monat.

Am 1. August 2006 wurden diese beiden Hilfen durch den so genannten Gründungszuschuss ersetzt. Die Bundesregierung schätzt, dass mit dem neuen Förderinstrument 14 000 Gründungen monatlich möglich sind, also deutlich weniger als vorher. Da außerdem die Zahl der Gewerbeanmeldungen sinkt und die der Gewerbeabmeldungen steigt, wird die Selbständigkeit zurückgehen.

#### Gründungsbilanz

	Gewerbe-	
	anmeldungen	abmeldungen
1996	780 013	647 889
1997	802 935	681 864
1998	811 377	696 214
1999	780 935	706 763
2000	755 172	662 743
2001	728 978	645 161
2002	723 333	645 690
2003	810 706	653 123
2004	960 533	677 646
2005	895 144	706 253

Quelle: Statistisches Bundesamt

#### Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstraße 8 · 53113 Bonn  
Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49  
Redaktion: Andreas Schirmer · Fotos: CDU; dpa / akg-images  
Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel  
erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

*Minijobber*